

Plenarsitzung

14. April 2021, 16.00 Uhr

Vorsitz: Präses Prof. Aust

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Eingangsstatements zur Corona-Lage und der Situation Hamburger Wirtschaft**
- 3. Wege aus der Corona-Krise**
 - a) Finanzierungssituation in der Hamburger Wirtschaft**
 - b) Betriebliche Teststrecken / Modellprojekte für Öffnungen**
 - c) Aktueller Stand und Beschleunigung der Impfkampagne**
 - d) Mit Innovationen aus der Krise**
- 4. Schlussbemerkungen**
- 5. Verschiedenes**

Anwesend:

Herren Präses Prof. Aust, Vizepräses Baur, Frau Vizepräses Dr. Hees, Frau Vizepräses Nissen-Schmidt, Herren Vizepräses Pirck, van der Schalk, Frau Vizepräses Warning;

Frau Ahlers, Frau Beckmann, Herren Dr. Brill, Dr. Buhck, Eick, Flotow, Franzen, Friemel, Gartz, Gehrckens, Groninger, Frau Harbs, Herr Harders, Frau Haug, Herr Heinemann, Frau Kartenbeck, Herren Dr. Killinger, Kloth, Koopmann, Frau Krawehl, Herr Dr. Kruse, Frau Kuni-cki, Herren Lintzen, Lorenz-Meyer, Lüchow, Mähl, Dr. Mecke, Dr. Pelka, Portmann, Schneider, Frau Schoras, Herren Sebbesse, Stacklies, Stanislawski, Vatter, von Bülow, Frau Welzel, Frau Willhoeft, Frau Witthöft, Herren Wöhlke, Wulff, Zippel;

Dauerhafte Gäste:

Herren Carstens, Dr. Castan, Hammerstein, Frau Mohr-Rothe, Frau Nehrenberg, Herren Treskow, von der Decken, Frau Wedemann, Frau Wendt-Heinrich;

Gäste:

Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher, Herr Senator Dr. Dressel, Frau Gumpel, Frau Senatorin Dr. Leonhard, Herr Staatsrat Pörksen, Herr Senator Westhagemann, Herr Dr. Willner, Frau Wilmes;

Aus dem Hauptamt:

Herr Dr. Heyne, Frau Beck, Herren Dickmann, Elsholz, Frau Gonnermann, Herren Graf, Grams, Hargens, Koch, Frau Nollmeyer, Frau Dr. Ölschläger, Frau Schweeberg, Herren Siebrand, Dr. Süß, Frau Theis, Herren Troeder, Ulrich, Frau Wilhus, Frau Zupke, Herr Müller (Protokoll);

Entschuldigt fehlen:

Herren Bender, Brauer, Enke, Hartmann, Jamil, H. Lehmann, T. Lehmann, Radtke, Schmelzer;

Herr Präses Prof. Aust eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Diese außerordentliche Plenarsitzung sei die erste in der Geschichte der Handelskammer, an der Mitglieder des Senats teilnahmen. Dies zeige die historische Dimension der aktuellen Krise. Er bedankt sich bei dem Ersten Bürgermeister und den anwesenden Senatsmitgliedern für die Gelegenheit, mit dem Plenum der Handelskammer über mögliche Wege aus der Krise zu diskutieren.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass die Tagesordnung den Plenarmitgliedern fristgerecht über HK Connect zugegangen sei und es zu dieser im Vorwege keine Änderungswünsche gegeben habe.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2: Eingangstatements zur Corona-Lage und der Situation Hamburger Wirtschaft

Herr Präses Prof. Aust betont den großen solidarischen Beitrag, den die Hamburger Wirtschaft seit Beginn der Krise zur Pandemiebekämpfung beigetragen habe. Besonders hart getroffen seien etwa die Event- und Tourismusbranche, Gastronomie und Einzelhandel, die seit mehr als einem Jahr ihrem Geschäft gar nicht oder nur sehr eingeschränkt nachgehen könnten. Die Krise habe bei vielen Unternehmen zu großen Belastungen geführt. Keins vor der Krise gesundes Unternehmen dürfe durch die Corona-Pandemie unverschuldet insolvent werden. Der Ernst der Lage lasse sich auch am aktuellen Konjunkturbarometer der Handelskammer ablesen. So habe der Geschäftsklimaindikator für die hiesige Wirtschaft im April 2020 einen historischen Tiefstand erreicht, noch weit unter dem Wert in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Die neuesten Zahlen zeigten, dass eine zarte Erholung der wirtschaftlichen Lage vorerst durch die Maßnahmen in der dritten Pandemiewelle ausgebremst worden sei. Im letzten Jahr habe es zudem einen dramatischen Einbruch der Ausbildungszahlen gegeben. Die Fachkräfte, die heute nicht ausgebildet würden, fehlten in Zukunft. Notwendig seien verlässliche politische Rahmenbedingungen, damit wieder mehr wirtschaftliche Aktivität ermöglicht werde. Es sei erfreulich, dass vom Senat viele Vorschläge und Empfehlungen der Handelskammer zur Krisenbewältigung aufgegriffen worden seien. Für die gegenwärtige Pandemiebekämpfung in Deutschland äußert er die Sorge, dass wahltaktische Erwägungen die große Aufgabe der Krisenbewältigung beeinträchtigen könnten. Er weist darauf hin, dass ein eng vernetzter Wirtschaftsraum, wie Norddeutschland mit der Metropolregion Hamburg im Zentrum, es sich nicht leisten könne, dass eine abgestimmte Vorgehensweise nicht erkennbar sei. Für einen schnellen Weg aus der Krise brauche es den politischen Willen, innovative Pfade einzuschlagen, um die Pandemie zu bekämpfen und die Wirtschaft wieder voranzubringen. Es bedürfe weiterhin der finanziellen Absicherung der betroffenen Unternehmen, einer Ausweitung der Testungen inklusive der Entwicklung von Modellprojekten, einer Beschleunigung der Impfkampagne und den Willen, strukturelle Herausforderungen am Standort Hamburg anzugehen. Die Hamburger Wirtschaft stehe dabei als starker und handlungsbereiter Partner zur Seite.

Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher bedankt sich herzlich für die Gelegenheit, dass erstmalig in der langen Geschichte der Handelskammer ein Erster Bürgermeister an einer Plenarsitzung teilnehmen könne. Die ernsten und mahnenden Worte von Herrn Präses Prof. Aust hätten die schwierige Lage verdeutlicht. Einschränkungen von Freiheitsrechten gingen sehr weit, bis hin zum Versammlungsrecht. Der Blick in andere Länder zeige aber, dass die Maßnahmen zur

Pandemiebekämpfung nicht im Widerspruch zur Wirtschaftsentwicklung stünden. Je erfolgreicher die Pandemiebekämpfung, desto geringer die wirtschaftlichen Folgen. Aber die Belastung der Wirtschaft sei hoch, wobei die Branchen und Unternehmen sehr unterschiedlich betroffen seien. Die aufgelegten Hilfsprogramme seien enorme finanzielle Kraftanstrengungen, die weit über andere EU-Länder hinausgingen. Es sei gemeinsames Ziel, Insolvenzen zu vermeiden und Arbeitsplätze zu erhalten. Hilfsprogramme müssten schnelle Hilfe bieten. Zugleich gebe es aber die Verpflichtung, die Mittelvergabe und -verwendung sorgfältig zu prüfen. Mit Blick auf die Metropolregion Hamburg werde versucht, sich so gut wie möglich abzustimmen. In Ballungsräumen wie Hamburg sei die Situation durch eine hohe Bevölkerungsdichte viel schwieriger als in dünn besiedelten Regionen. Dies erschwere es, gemeinsame Standards zu finden. Unterschiedliche Regelungen innerhalb der Metropolregion könnten Mobilität verursachen, die ein wichtiger Risikofaktor sei. Er setze sich daher für möglichst einheitliche Regelungen ein. Die britische Virusvariante habe die Lage verschlechtert. Die Pandemie sei noch nicht im Griff. Es gelte daher umso mehr, die Impfstrategie zu beschleunigen und Impfstoffe schnell zu verimpfen. Das Hamburger Impfzentrum arbeite dabei hochprofessionell. Je mehr Impfstoff zur Verfügung stehe, desto mehr könnten auch Hausärzte und Betriebsärzte eingebunden werden. Gemeinsames Ziel sei es, Wirtschaft, Sport und Kultur gut und sicher aus der Pandemie herauszubringen.

TOP 3: Wege aus der Corona-Krise

a) Finanzierungssituation in der Hamburger Wirtschaft

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt berichtet, dass viele betroffene Unternehmen ihre finanziellen Reserven, vorhandenes Eigenkapital oder Rücklagen für Investitionen aufgebraucht hätten. Es sei davon auszugehen, dass das Wirtschaftsgeschehen durch die direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie mindestens noch das ganze Kalenderjahr beeinträchtigt werde. Die Handelskammer schlage daher eine frühzeitige Verlängerung der Corona-Finanzierungsprogramme auf Bundes- und Landesebene, konkret etwa die Überbrückungshilfe III, bis Jahresende vor. Zudem müsse eine deutliche Ausweitung der Möglichkeiten des Verlustrücktrages geschaffen werden. So sei ein Verlustrücktrag von 2021 nur nach 2020 nicht zielführend. Es sei positiv, dass der Corona-Recovery-Fonds vom Senat verlängert und aufgestockt worden sei. Der Hamburger Stabilisierungsfonds sei bislang aber wenig in Anspruch genommen worden. Der sich daraus ergebende haushaltspolitische Spielraum könne für ein Landes-Zuschussprogramm zur Wiederherstellung der notwendigen Eigenkapitalbasis von Unternehmen vorstellbar sein. Der Senat werde gebeten, ergänzende Maßnahmen für Hamburger Unternehmen zu prüfen, die beim neuen Eigenkapitalzuschuss des Bundes in der Überbrückungshilfe III bzw. der Anschubhilfe für die Veranstaltungs- und Reisewirtschaft nicht zum Zuge kommen werden. Sie äußert die Hoffnung, dass der Härtefallfonds des Landes bald einsatzbereit sei. Um denjenigen Unternehmen helfen zu können, die bislang durch sämtliche Schutzschirme und Programme gefallen seien, wünsche sie sich eine pragmatische Ausgestaltung und schnelle Befassung mit diesen Härtefällen.

Herr Senator Dr. Dressel führt aus, dass bereits 1,3 Mrd. Euro an rund 100.000 Empfängerinnen und Empfänger ausgezahlt worden seien. Er stimmt überein, dass Hilfen bedarfsgerecht verlängert werden müssten. Dies gelte konkret für die Überbrückungshilfe, die bisher nur bis in den Sommer konzipiert sei. Der Hamburger Stabilisierungsfonds habe haushalts- und beihilferechtlich enge Grenzen einzuhalten. Mit dem Corona-Recovery-Fonds würde die Finanzierungssituation unter vereinfachten Bedingungen verbessert. Weniger gut angenommen

würden die bestehenden Kreditprogramme. Es werde in Kürze ein Mikrokreditprogramm im Umfang von 5.000 bis 40.000 Euro als Direktkredit bei der IFB mit digitalem Antragsprogramm vorgestellt. Zudem sei der von der Handelskammer vorgeschlagene Digitalbonus mit 30 Mio. Euro Fördersumme gestartet. Dies sei ein großer Schritt zur Digitalisierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der Start des Härtefallfonds stehe kurz bevor. Mit knapp 40 Mio. Euro, je zur Hälfte von Bund und Land getragen, bekämen alle Solo-Selbstständigen, die bislang durch das Netz gefallen seien, über eine direkte Antragstellung die Chance auf Härtefallmittel. Speziell für den Handel sei der Neustartfonds über eine Mio. Euro konzipiert worden. Für die City sei zudem die Gewährung von Mietzuschüssen für kreative Zwischennutzungen bei Leerstand vorgesehen. Hinzu kämen steuerliche Hilfen und Gebührenhilfen etwa für die Außengastronomie. Der erweiterte Verlustrücktrag sei auf Bundesebene schwierig zu erreichen. Es müsse daher vor Ort geregelt werden, was möglich sei.

Herr Senator Westhagemann ergänzt, dass einige Programme gezielt aus Rückmeldungen der Handelskammer entstanden seien, zum Beispiel mit Blick auf Start-ups und Gründer. Mit dem Corona-Recovery Fonds könne man zudem gezielt nachsteuern. Zur Verlängerung der Überbrückungshilfe III sei man bereits mit dem Bund in Diskussion. Mit Blick auf den Härtefallfonds sei Hamburg eines der wenigen Bundesländer, die neben dem Verfahren des Bundes auch ein direktes und unbürokratisches Verfahren für Soloselbstständige biete.

b) Betriebliche Teststrecken / Modellprojekte für Öffnungen

Frau Vizepräsidentin Dr. Hees berichtet, dass der Empfehlung, mindestens einmal die Woche Testungen für die Beschäftigten anzubieten, bereits viele Unternehmen wie Airbus und Jungheinrich nachgekommen seien. Allerdings bedeuteten die Testungen teils erhebliche finanzielle und organisatorische Belastungen für Unternehmen. So müssten Beschaffung sowie Schulungen für Mitarbeiter finanziell selbst getragen werden. Staatliche Aufgaben und Kosten würden auf Unternehmen in einer Zeit abgewälzt, in der finanzielle Ressourcen bei vielen Betrieben aufgebraucht seien. Bund und Länder müssten die Kosten für die betrieblichen Tests übernehmen. Es gelte auch, den Blick nach vorne zu richten und die Weichen für den Restart des öffentlichen Lebens zu stellen. So werde die Handelskammer eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Konzepten für fachkundig begleitete Modellprojekte aufstellen.

Herr Senator Westhagemann sei angesichts der hohen freiwilligen Verpflichtung der Hamburger Unternehmen zuversichtlich. Im Hafen könne ein Testzentrum dabei helfen, die Testpflicht flächendeckend umzusetzen. Generell bestehe die Gefahr nicht ausreichender Testkapazitäten. Es werde in Betracht gezogen, auch über den öffentlichen Weg zusätzliche Tests für Unternehmen zu bekommen. Bezüglich möglicher Öffnungsmodelle gebe es in der Wirtschaftsbehörde einen intensiven Austausch mit Branchen, bei denen es auch um Hygienekonzepte gehe. So hoffe etwa das Schaustellergewerbe, dass der diesjährige Sommerdom stattfinden könne. Im Kulturbereich gebe es einen engen Austausch mit Herrn Senator Dr. Brosda. Im Bereich der Kreuzfahrt und der Luftfahrt müssten entsprechende Konzepte immer auch arbeitsschutzrechtlich geprüft werden und von Gesundheitsbehörde und -ämtern freigegeben werden.

Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher betont, Schnelltests sollten so gut es geht eingesetzt werden, um die aktuelle Dynamik der Pandemie zu vermindern. Infektionsketten müssten so früh wie möglich durchbrochen werden. Breite Testungen an Kitas und Schulen seien dabei die erste Säule. Die zweite Säule seien kommunale Testzentren. Die dritte Säule sei die Verpflichtung, dass Unternehmen in Präsenz arbeitenden Menschen mindestens einen Test die

Woche anböten. Er verstehe, dass dies ein Kostenfaktor sei. Die Möglichkeit für KMUs, besondere Vereinbarungen mit kommunalen Testzentren zu schließen, könne eine Erleichterung sein. Die Handelskammer solle sich hierbei gerne einbringen, wie den Unternehmen bestmöglich bei der Organisation geholfen werden könne. Auf Bundesebene solle geprüft werden, ob Kontingente auf der Beschaffungs-Plattform auch für die Wirtschaft genutzt werden könnten. Es sei aber nicht ratsam, zu früh mit Öffnungsschritten zu beginnen. Mögliche Projekte könnten zwar bereits geplant werden, dürften aber erst ins Werk gesetzt werden, wenn insgesamt niedrigere Inzidenzen zu verzeichnen seien.

c) Aktueller Stand und Beschleunigung der Impfkampagne

Herr Dr. Brill berichtet, dass sich viele Unternehmen schon jetzt darauf vorbereiteten, ihre Beschäftigten so früh wie möglich im Betrieb zu impfen und damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie zu leisten. Voraussetzung hierfür sei, dass ausreichende Mengen an Impfstoff geliefert würden und keine Priorisierung bei der Impfung mehr vorgenommen werden müsse. Die Erfahrung etwa aus den Gripeschutzimpfungen und der direkte Zugang zu den rund 800.000 Beschäftigten der Hamburger Mitgliedsunternehmen könnten die Impfgeschwindigkeit und auch Impfbereitschaft substantiell erhöhen. Wünschenswert sei ein deutliches Signal des Senats, dass er entsprechende Anstrengungen nach Kräften durch pragmatische, unbürokratische Lösungen bei Dokumentation und Abrechnung sowie Genehmigungen (über-)betrieblicher Impfzentren unterstützt. Die Handelskammer stelle gerne ihre Räumlichkeiten für ein Impfzentrum für den Hamburger Mittelstand zur Verfügung. Modellprojekte, um den Impfstart in den Betrieben gemeinsam zu planen, seien wünschenswert.

Frau Senatorin Dr. Leonhard berichtet, dass die Impfkampagne an Fahrt gewonnen habe, Impfstoff aber noch nicht wie gewünscht zur Verfügung stehe. AstraZeneca habe leider erhebliche Akzeptanzprobleme. Der nur einmal zu verabreichende Impfstoff von Johnson & Johnson stehe voraussichtlich erst später zur Verfügung. Bezüglich des Themas Bürokratie weist sie darauf hin, dass die ausgezeichnete Impfdokumentation beim RKI ermöglicht habe, nachzuvollziehen, wer mit welchem Vakzin geimpft worden sei, was sich gerade bei den AstraZeneca-Impfungen als hilfreich erwiesen habe. Die Anforderungen an Betriebsärzte sollten nicht höher als bei niedergelassenen Ärzten sein. Die Kosten für alle Impfstoffe würden vom Bund übernommen und somit auch für Impfstoffe im Rahmen einer betrieblichen Kampagne. Auf die Frage von Herrn Gartz, wie das Impfen in den Betrieben vorangetrieben werden könne und ob es die Möglichkeit gebe, für die Betriebe zeitnah einen zentralen Ansprechpartner zu benennen, verweist sie auf eine Informationsveranstaltung für Betriebsärzte am 30. April 2021, in der solche organisatorischen Fragen behandelt würden. Das Impfen in den Betrieben stehe angesichts geringerer Lieferungen im April allerdings nicht unmittelbar vor der Umsetzung.

d) Mit Innovationen aus der Krise

Herr Vizepräsident Pirck stellt fest, die Corona-Pandemie habe viele strukturelle Schwächen im Bereich der Digitalisierung, der norddeutschen Zusammenarbeit oder der Innenstadt und den Quartieren offengelegt. Der bereits eingeschlagene Innovationskurs der Stadt sei zu begrüßen. Durch eine innovationsorientierte Weiterentwicklung traditioneller Wirtschaftsmotoren, wie Hafen oder Innenstadt, könne Hamburg national und international als Innovationsmetropole sichtbar werden. Hamburg müsse sich dabei auf einzelne Technologien fokussieren und diese durch gezielte Anschubfinanzierungen für Forschung und Start-ups fördern. Es müssten schnell technologische und innovative Antworten auf den Klimawandel gegeben werden. Ein Anfang könne im Hafen gemacht werden, indem dieser zu einem Innovationstreiber entwickelt

werde. Das Hafengebiet solle gezielt für die Ansiedlung und Stärkung nachhaltiger Industrien genutzt werden. Über konkrete Projekte gemeinsam mit der Wirtschaft könne Norddeutschland zur Vorreiterregion für die Nutzung der Wasserstofftechnologie werden. Für die Innenstadt müsse zeitnah ein gezielter Aufwertungsprozess eingeleitet werden. Erste Weichenstellung sei die Ausarbeitung eines Funktionskonzeptes, das für die Quartiere der Innenstadt zusätzliche, attraktive Nutzungen definiere und die Basis für gezielte Aufwertungsprojekte biete. Diese seien im Schulterschluss zwischen der Stadt und der Wirtschaft zu organisieren und anforderungsgerecht auch mit öffentlichen Mitteln zu unterlegen. Die Krise müsse als Katalysator für den Übergang zu neuen Zukunftstechnologien genutzt werden. Dafür brauche es eine starke, an den Bedarfen der Wirtschaft ausgerichtete MINT-Fakultät. Große Potenziale lägen etwa in der Nutzung und Weiterentwicklung von KI. Eine Kürzung im Bereich Informatik bei der Uni Hamburg sei diesbezüglich ein falsches Signal. Stattdessen gelte es, Prioritäten beim Mitteleinsatz für die Ausbildung und innovative Forschung im Bereich der Informatik zu setzen. Es müssten daher im Austausch mit allen an „ahoi digital“-Beteiligten Wege aufgezeigt werden, wie eine langfristig abgesicherte Finanzierung des dringend nötigen Wachstums der Informatik in Hamburg sichergestellt werden könne. Dazu müsse die aktuell bestehende Hochschulvereinbarung angepasst und notfalls eine Zweckbindung der Mittel vereinbart werden. Herr Dr. Brill weist ergänzend darauf hin, dass auch das Thema Infektionsforschung zum Beispiel am UKE gestärkt werden müsse.

Herr Senator Westhagemann stimmt zu, dass Innovation ein wichtiger Treiber aus der Krise sei und es gelte, die richtigen Technologiefelder zu adressieren. In der Pandemie sei vor allem auch die Luftfahrt stark getroffen. Es seien von Bund und Land schnell Mittel zugesichert worden, um Innovationsprojekte auf den Weg zu bringen. Zudem sei vorgesehen, zusätzliche Mittel aus dem Haushalt schwerpunktmäßig für Wasserstoff-Anwendungen zu mobilisieren. Die Innovationsstrategie der Stadt umfasse viele Felder, wie besonders auch KI. Mit ARIC sei gemeinsam mit dem Mittelstand-Kompetenzzentrum 4.0 der Handelskammer eine Einrichtung geschaffen worden, die KMUs bei der KI-Anwendung unterstützte. Es gebe bereits eine enge Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen in Norddeutschland, wie die gemeinsame norddeutsche Wasserstoff-Strategie und die gemeinsame Bewerbung beim IPCI mit Projekten bezeugten. Als weiteres Technologiefeld sei auch die Quantentechnologie wichtig. Hier habe es mit dem DLR eine Bewerbung gegeben, um in ein Bundesprogramm zu kommen. Zudem habe man sich mit drei weiteren Technologiezentren im Bereich der zukünftigen Mobilität beworben. Es gelte zudem, den Standort für Wagniskapitalinvestoren noch attraktiver zu gestalten.

Diskussion im Plenum und Zusammenfassung

Herr Wöhlke berichtet, sein Unternehmen habe rund 3.000 Mitarbeitende vor Ort. Bei zwei Testungen pro Woche würden monatliche Kosten in Höhe von rund 80.000 Euro entstehen, die ohne Unterstützung schwer zu schultern seien. Er erkundigt sich, ob eine Plattform-Bestellung für KMUs möglich sei. Bezüglich der Schwerpunktsetzung an den Hochschulen betont er die Bedeutung des MINT-Bereiches.

Herr Dr. Kruse berichtet, dass sich die Firmen im Groß- und Außenhandel in der Krise gut geschlagen hätten. Es gelte jedoch, in dieser für die Wirtschaft schwierigen Phase, den Unternehmen nicht durch neue bürokratische Belastungen das Leben noch schwerer zu machen. So sei etwa das Lieferkettengesetz mit schweren Belastungen vor allem für KMUs verbunden.

Frau Schoras weist darauf hin, dass die nächtliche Verlagerung des ÖPNVs auf on-demand-Angebote für viele Personen im Schichtdienst, Krankenhaus etc. ein Problem darstelle. So

seien nicht überall die für eine Buchung notwendigen Voraussetzungen, wie ausreichendes Internetvolumen, zu hinterlegende Kreditkarte oder der Standort innerhalb des Tarifbereichs gegeben. Zusätzliche Kosten für Taxen seien auch in reduzierter Form für viele noch zu hoch. Es treffe vor allem jene, die das Kerngeschäft am Laufen hielten. Sie bitten daher um Unterstützung, die Einstellung der Nachtbusse zeitnah zurückzunehmen.

Herr Heinemann dankt dem Senat für die Einführung der Luca-App. Mit Blick auf den Einzelhandel weist er darauf hin, dass es als ungerecht empfunden werde, wenn man Non-Food-Artikel in den weiterhin geöffneten Betrieben, nicht aber im Fachhandel kaufen könne. Die betroffenen Einzelhandelsbereiche seien bereits sechs Monate geschlossen. Die Höchstförderquote beim Unternehmerlohn sei nicht ausreichend.

Herr von Bülow führt aus, er könne nachvollziehen, dass aktuell nicht die Zeit für große Öffnungen sei. Er weist jedoch auf die öffentliche Diskussion zu den Ergebnissen von Aerosolforschern hin, dass man sich draußen kaum infizieren könne und fragt, warum Außengastronomie nicht zugelassen werden könne. Angesichts des seit Monaten sehr eingeschränkten Betriebs seien die erhaltenen Abschlagszahlungen ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei den KfW-Darlehen sei die erste Rate schon dieses Jahr fällig, obwohl die Restaurants weiterhin geschlossen seien. Erforderlich sei die Streckung der Rückführung von fünf auf zehn Jahre. Die Absenkung der Mehrwertsteuer helfe bei der Rückführung.

Herr Zippel berichtet, dass es auch für freiberuflich aktive Luftfahrtingenieure einen herben Einbruch gegeben habe. Es gebe zahlreiche freie Ingenieurbüros, deren Know-how im Bereich des Refurbishing gigantisch sei, wodurch wiederum „graue“ Energie gespart werden könne. Er erkundigt sich nach Förderprogrammen für Projekte, die Ressourcen sparen.

Frau Wendt-Heinrich erläutert, dass die Reserven bei vielen KMUs, die es aus eigener Kraft bisher durch die Krise geschafft hätten, aufgebraucht seien. Im Härtefallfonds solle daher nochmal genau auf solche Fälle geschaut werden. Mit Blick auf KfW-Schnellkredite berichtet sie, dass Banken schon bei genehmigten Krediten teilweise große Hürden anlegten, die zu Verzögerungen führten. Dies könne ein Problem für die mittelständische Wirtschaft sein.

Frau Willhoeft appelliert an den Senat, Click & Meet schnell wieder zuzulassen. Dies könne vor allem für kleinere Fachgeschäfte mit hohem Beratungsbedarf der Kundinnen und Kunden eine wichtige Erleichterung sein. Bezüglich medizinischer Ausrüstung wie Masken und Tests solle stärker auf hiesige Produzenten gesetzt werden.

Herr Stacklies berichtet, in der Fischauktionshalle sei zu Ostern ein Testzentrum eröffnet worden. Impfen und Testen seien die wichtigsten Instrumente in der Pandemiebekämpfung. Das Testzentrum sei gut angelaufen und könne das ganze Quartier abdecken.

Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher antwortet, es sei bereits eine Bitte an den Bund ergangen, die Kontingent-Reservierung auch für Unternehmen verfügbar zu machen, wenn diese nicht zu günstigen Preisen oder ausreichender Menge beschaffen könnten. Zusätzliche bürokratische Belastungen sollten nach Möglichkeit vermieden werden. Mit Blick auf die Einschränkungen in der Gastronomie weist er darauf hin, dass wo es in Außenbereichen eng werde, auch eine Tröpfcheninfektion möglich sei. Bezüglich der Problematik der Einstellung der Nachtbusse erläutert er, dass gerade für Beschäftigte im Nachdienst ein komfortables Angebot gemacht werden sollte und MOIA für Dauerkarteninhaber kostenlos sei. Um dem Problem, dass eine Smartphone-Buchung nicht für jeden möglich sei zu begegnen, solle die Möglichkeit einer telefonischen Aktivierung des Systems geprüft werden. Die Schnittstellenfunktion der

Luca-App zu den Gesundheitsämtern sei in Arbeit. Bezüglich Perspektiven für den Einzelhandel erläutert er, dass bei einer ausreichenden Zahl an Geimpften und fairen Bedingungen für noch nicht Geimpfte, z.B. über Testungen, die ermöglicht werden sollten. Die Innenstadtentwicklung müsse man gemeinsam sehr sorgfältig im Blick behalten. Konzepte müssten gemeinsam weiterentwickelt werden. Er betont die Bedeutung der MINT-Themen und IT-Professuren. Es sei ein dringender Wunsch, die Infektionsforschung durch das DESY auch mit Mitteln des Bundes zu unterstützen. Die aktuelle Krise im Luftfahrtbereich wirke sich auch auf Zulieferer aus. Er und Herr Senator Westhagemann seien offen für mögliche Ansätze, um auch für die freien Luftfahrtingenieurbüros Lösungen zu finden. Click & Meet solle, sobald es die Zahlen erlaubten, wieder möglich gemacht werden. Kritische Medizinprodukte verstärkt in Deutschland zu produzieren, sei eine Lehre aus der Pandemie. Er sei jedoch froh, dass die internationalen Lieferketten auch in der Krise weitgehend funktioniert hätten.

Herr Senator Dr. Dressel sichert zu, den Hinweis, dass Tilgungszahlungen von KfW- und IFB-Krediten den wirtschaftlichen Restart nicht verhindern dürften, als Auftrag mitzunehmen und erwähnt die Möglichkeit eines Tilgungszuschussprogramms.

Herr Dr. Heyne fasst die Diskussion zusammen und betont die Bedeutung dieser konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Senat und Hamburger Wirtschaft bei der Pandemiebekämpfung am Beispiel der heutigen Plenarsitzung. Er bietet die konkrete Unterstützung der Handelskammer bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie an, zum einen bei der Ausgestaltung der Finanzierungsprogramme für Unternehmen, zum anderen bei der Entwicklung von Modellprojekten mit Testregimen für eine Öffnungsperspektive. Wichtigstes Thema für die Hamburger Wirtschaft sei das betriebliche Impfen. Die Hamburger Unternehmen stünden bereit, hierdurch einen wesentlichen Beitrag zur Beschleunigung der Impfkampagne zu leisten, sobald ausreichend Impfstoff verfügbar sei und die Impfprioritäten-Reihenfolge aufgehoben werden könne. Die Handelskammer Hamburg selbst biete ihre Räumlichkeiten in Zusammenarbeit mit Betriebsärzten als Impfzentrum für kleine und mittlere Unternehmen an. Er freue sich über die positive Haltung der Senatsvertreter zu diesen Angeboten der Unterstützung.

TOP 4: Schlussbemerkungen

Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher bedankt sich für den konstruktiven Diskussionsstil. Es sei gut, im Austausch zu sein. Man müsse gemeinsam durch diese letzte Phase der Pandemie kommen. Mit mehr Testungen, Impfungen und angesichts der günstigeren Witterungsverhältnisse könne das Pandemiegeschehen eingedämmt werden. Es dürfe aber keine verfrühte Öffnung geben, um den Erfolg nicht zu riskieren. Es gelte, die Risiken zu sehen und Probleme anzugehen, zugleich aber optimistisch zu bleiben in der Tradition des ehrbaren Kaufmanns.

Herr Präses Prof. Aust betont die Bedeutung des Austauschs zwischen Senat und Wirtschaft. Testen, Impfen und Kontaktnachverfolgung seien zentral, um die dritte Welle zu brechen. Trotz eines nachvollziehbaren Ärgers über die aktionistische Einführung einer Testpflicht in Betrieben, freue er sich gleichwohl über die hohe Motivation der Betriebe. Wege aus der Krise könnten nur gemeinsam im Schulterschluss gelingen. Er bedankt sich beim Ersten Bürgermeister und den Senatsvertretern für den regen Austausch und spricht sich dafür aus, diesen als Anstoß für eine noch stärkere Zusammenarbeit zu nehmen.

TOP 5: Verschiedenes

Herr Präses Prof. Aust bedankt sich für die Teilnahme und engagierte Diskussion. Die nächste Sitzung findet am 6. Mai 2021 statt und sei angesichts vieler wichtiger Themen auf der Tagesordnung auf drei Stunden angesetzt.

Die Sitzung wird um 18.20 Uhr geschlossen.

Hamburg, 14. April 2021

Prof. Norbert Aust
Präses

Dr. Malte Heyne
Hauptgeschäftsführer